Keine Islamisierung in Deutschland

- **Das staatliche Recht steht über religiösen Geboten und Traditionen**
- Verbot für Moscheevereine, deren Imame eine gegen das Grundgesetz und unsere Rechtsordnung verstoßende Lehre verbreiten
- **Keine Anerkennung von islamischen Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts (KdöR)**
- Finanzierung von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber muss unterbunden werden
- **Keine Einführung islamischer Feiertage in Deutschland**
- Vollverschleierung oder Kopftücher in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst widersprechen dem Persönlichkeitsrecht und der Gleichberechtigung
- Im Ausland geschlossene Ehen gemäß der Scharia, die gegen unsere Gesetze verstoßen, sollen in Deutschland nicht anerkannt werden
- Islam-Vertreter der Ditib im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks entfernen

Natur und Landschaft als Basis des Lebens

- **Keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung, sauberes Wasser ist ein Grundrecht**
- Pestizide und Pflanzenschutzmittel auf der Basis von Glyphosat verbieten
- **Betäubungsloses Schlachten (rituelles Schächten, Halal-Schlachten usw.) ist ausnahmslos zu untersagen**
- Aufnahme des Tierschutzes in die Hessische Verfassung
- Kleine und mittlere bäuerliche Familienbetriebe schützen und fördern, bei Agrarkonzernen Förderung verringern
- Jagd ist ein ökologisches Handwerk und als legitime Form der Naturnutzung zu sehen

Gesundheit und Sport

- **Kommunale Krankenhäuser erhalten und bedarfsgerecht finanzieren**
- Patienten vor multiresistenten Keimen schützen
- Finanzielle Entlastung von Hebammen durch staatlichen Deckungsfonds, um Berufshaftpflichtrisiken zu senken
- Vorausschauender und flächendeckender Ausbau ambulanter und stationärer palliativer Versorgungsangebote ist wegen des demografischen Wandels nötig

Kunst, Kultur und Medien

- Kunst, Kultur und Medien dürfen weder staatlichen Vorgaben unterliegen noch politisch instrumentalisiert oder ökonomisch vereinnahmt werden
- **Gelder für „politisch korrekte" Kunst und Kultur, die als Umerziehungsprogramme eingestuft werden müssen, darf es keine geben**
- Das Internet als Medium der Kommunikation, Information und freien Meinungsäußerung darf abseits der Verfolgung von schweren Straftaten nicht zensiert werden
- **Abschaffung des geräteunabhängigen Rundfunkbeitrags, jeder Sender muss sich selbst finanzieren**

Lebensqualität in ländlichen Regionen

- **Vollständige Breitbandversorgung Hessens innerhalb von drei Jahren umsetzen**
- Unternehmensansiedlung im ländlichen Raum attraktiver machen durch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur
- Kriterien für die Schließung von Schulen und Kitas kritisch hinterfragen
- Denkmalschutz für Gebäude ohne öffentliches Interesse lockern, um Modernisierungen zu ermöglichen

LANDESVERBAND HESSEN AfD

LIEBE BÜRGER,

die AfD ist die einzige wirkliche Opposition gegen eine den Bürgern als „alternativlos" verkaufte Politik der Altparteien, die jegliches Verantwortungsgefühl vermissen lässt.

Nach den beispiellosen Wahlerfolgen bei den vergangenen Landtagswahlen und dem erfolgreichen Einzug in den Bundestag im letzten Jahr ist nun der Punkt gekommen, auch endlich in Hessen eine Zeitenwende einzuläuten. Und das bedeutet, die Identität des Landes sichtbar zu machen und zu stärken, die Freiheit und Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, ein selbstbestimmtes Leben sowie die Grundlagen für unseren Wohlstand zu bewahren.

Helfen Sie uns dabei!

Geben Sie uns Ihre Stimme bei der Landtagswahl, denn nur die AfD hält, was andere versprechen. Nur mit Ihnen, den Bürgern, können wir eine Zukunft für unser Land und unsere Kinder gestalten.

Sie haben kein Vertrauen mehr in die Politik der Altparteien?
Dann unterstützen Sie uns!
Werden Sie Mitglied, Förderer oder Spender!

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende" und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine Spendenquittung angeben.

Spendenkonto: AfD Landesverband Hessen

Deutsche Bank
IBAN: DE57 5007 0024 0807 3090 00
BIC: DEUTDEDBFRA

Am 28. Oktober mit beiden Stimmen AfD wählen!

www.afd-hessen-org

V.i.S.d.P.: AfD Hessen · Pressestelle · Wasserweg 4 · 60594 Frankfurt am Main · E-Mail: info@afd-hessen.de · Telefon: (069) 872 09 222

Am 28. Oktober mit beiden Stimmen AfD wählen!

Programmpunkte

Hessen. Aber sicher!

LANDESVERBAND HESSEN AfD

Demokratie und Rechtsstaat sichern

- **Mehr Bürgerbeteiligung durch Volksentscheide und -befragungen**
- Umgestaltung oder Abschaffung des mit Zwangsabgaben finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsystems

Recht und innere Sicherheit stärken

- Der Rechtsstaat gilt für jeden, die geltenden Gesetze sind konsequent anzuwenden
- **Keine Gerichtsurteile mit Herkunfts- oder Religionsrabatt**
- Mehr Personal bei Richtern, Staatsanwälten und in der Justizverwaltung
- Politische Unabhängigkeit der Justiz durch Selbstverwaltung, Einrichtung eines Justizausschusses und eines Justizverwaltungsrats
- Mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum
- Keine No-Go-Areas, sondern flächendeckende Polizeieinrichtungen auch in ländlichen Regionen
- Vermehrt verdachtsunabhängige, landesweite Kontrollen (Schleierfahndung)
- Aufstockung des Polizeipersonals, aber keine Absenkung der Einstellungsstandards
- **Deutsche Staatsangehörigkeit als zwingende Voraussetzung für den Polizeidienst**
- Bessere Ausrüstung und mehr Weiterbildungen für die hessische Polizei
- Islamismus, Links- und Rechtsextremismus gleichermaßen bekämpfen
- **Ehrliche Kriminalstatistik mit allen Zahlen und Fakten**
- Landkreise und kreisfreie Städte müssen selbstständig den Katastrophenfall ausrufen können

Weitere Informationen finden Sie unter:
afd-hessen.org

LANDESVERBAND HESSEN
AfD

Zukunft für Familie

- Familie als Keimzelle der Gesellschaft ins Zentrum der Politik
- Erhöhter Schutz des ungeborenen Lebens für eine aktive Bevölkerungspolitik
- **Familien mit kleinen Kindern müssen wieder von einem Gehalt leben können**
- Familiensplitting zur steuerlichen Entlastung von Familien einführen
- Erziehungsleistungen auf die Renten anrechnen
- Die Gruppengröße in Kitas soll höchstens 15 Kinder betragen.
- **Kindergärten, Kindertagesstätten und Hort inklusive gute Verpflegung kostenfrei**
- Keine Umerziehungsmaßnahmen durch die Ideologie des Gender-Mainstreaming
- Staatliche Förderung pseudowissenschaftlicher „Gender Studies" in Millionenhöhe durch EU und deutsches Steuergeld einstellen

Bildung mit Weitblick

- Beibehaltung des leistungsorientierten und gegliedert differenzierten Schulsystems aus Grund-, Haupt- und Realschulen, Gymnasien, Förderschulen und beruflichen Schulen
- **Zum Wohl des Kindes spezialisierte Förderschule statt Zwangsinklusion**
- Frühsexualisierung in Kindergärten und Grundschulen stoppen
- **Kein Islamunterricht an Hessens Schulen, kein Einfluss islamischer Moscheeverbände**
- Duale berufliche Ausbildung statt „verschulte" Berufsausbildung
- Diplom und Magister statt Bachelor und Master wieder anbieten
- Naturwissenschaften und Ingenieurwesen als Studiengänge besonders fördern
- Gender-Forschung ist keine Wissenschaft, laufende Gender-Professuren sind aufzugeben und Gender-Forschungsprojekte zu beenden

Einwanderung, Integration und Asyl

- **Grenzen schützen und Einhaltung des Dublin-III-Abkommens**
- Sicherung des sozialen Friedens durch strenge Maßnahmen gegen Massenmigration
- **Keine Vermischung von Asyl, Einwanderung und Arbeitsmigration**
- Einwanderung in die Sozialsysteme stoppen, Sachleistungen statt Geldleistungen
- Asylmissbrauch beenden durch Grundgesetzänderung
- Zweifelsfreie Identitätsfeststellung bei Asylbewerbern und Migranten
- Bei Identitätsbetrug Verlust des Aufenthaltstitels
- Konsequente Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen
- **Zeitnahe Abschiebung bei Gewalt- und Drogenkriminalität**
- Behinderung staatlicher Abschiebungen durch „Flüchtlingshilfsorganisationen" muss die Aberkennung der Gemeinnützigkeit und Fördermittel folgen
- Familiennachzug in die deutschen Sozialsysteme stoppen, alle zuwanderungsbedingten Kosten des Landes offenlegen
- Obligatorische Altersuntersuchungen bei angeblichen „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen" und Ausschluss von Familiennachzug bei Betrug
- Keine „Flüchtlingsintegration", um den Arbeitsmarkt mit billigen Arbeitskräften zu versorgen
- Jeder, der ein dauerhaftes Bleiberecht erwirbt, hat eine Bringschuld, sich seiner neuen Heimat und der deutschen Leitkultur anzupassen
- Keine doppelten Staatsbürgerschaften, Rückkehr zum Abstammungsprinzip
- Unterstützung ausländischer Terrororganisationen muss zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führen

Disziplin bei Finanzen und Haushalt

- Schuldenbremse laut hessischer Verfassung ist strikt einzuhalten
- **Privatisierung von staatlichem Besitz nur nach Bürgerentscheid**
- Subventionen entwirren, alle Fördermaßnahmen auf den Prüfstand
- Steuerverschwendung als Straftatbestand definieren und bestrafen wie Steuerhinterziehung
- Abgeordnetenzahl in Kreistagen, Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen in Hessen um mindestens 25 % reduzieren

Arbeit und Soziales

- Soziale Marktwirtschaft als gesellschaftliches Erfolgsmodell beibehalten und fördern
- Vollbeschäftigung als Ziel sozialer Politik definieren
- Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland reduzieren
- Arbeitslose qualifizieren, statt Arbeitskräfte aus dem Ausland holen
- Keine Diskriminierung von älteren Arbeitnehmern und Alleinerziehenden
- **Steuerverschwendung im Sozialsektor eindämmen**
- Transparenz bei Unternehmen der Wohlfahrtsindustrie durch regelmäßige Überprüfungen
- Finanzielle Sozialleistungen bei rechtskräftiger Ausreisepflicht einstellen
- Strukturelle Verbesserung und Reorganisation des Landeswohlfahrtsverbands Hessen

Am 28. Oktober mit beiden Stimmen AfD wählen!

Energieversorgung

- Menschgemachte Klimaänderung ist wissenschaftlich nicht gesichert
- **EEG (Erneuerbare Energiengesetz) abschaffen. Es führt bis 2025 zur 25.000 Mehrkosten je 4-Personenhaushalt**
- Hoher Flächenverbrauch für Windenergie führt zu massiver Landschaftszerstörung
- Keine Windräder in Wälder und FFH-Gebiete
- Einführung der 10H-Regel für Hessen
- Keine Windräder ohne Bürgerbefragung
- Konventionelle Kraftwerke sind unverzichtbar und für eine gesicherte Stromversorgung zu erhalten
- Einseitige, staatlich vorgeschriebene Zukunftslösung, wie batteriebetriebene Elektromobilität, ist grundfalsch
- Der Dieselmotor ist für lange Zeit unverzichtbar. Fahrverbote werden Pendler und Handwerker empfindlich treffen

Wirtschaft als Motor der Gesellschaft

- Zuverlässige Währungspolitik gemäß dem Grundgesetz und den Europäischen Verträgen als sichere Basis der Wirtschaft
- Die Regelungen der hessischen Gemeindeordnung zur Begrenzung staatlicher Wirtschaftstätigkeit sind strikt einzuhalten
- **Entlastung vor allem mittelständischer und kleiner Unternehmen durch Bürokratieabbau**
- Zentralisierung der Bankenaufsicht bei nur einer Behörde
- Ausbau der Infrastruktur speziell in Nord- und Osthessen
- Mittelstand und Existenzgründer stärker fördern
- Anträge an Behörden müssen zeitnah innerhalb festgelegter Fristen entschieden werden
- Zwangsmitgliedschaft in Handwerkskammern und in Industrie- und Handelskammern abschaffen

Wohnen und Raumplanung

- Bürokratische Prozesse müssen verschlankt werden durch Reduzierung der Zahl der Vorschriften
- Der vorbeugende Brandschutz ist auf unverzichtbare, vernünftige Maßnahmen zu beschränken
- **Grunderwerbsteuer auf Wohnungsbauten und -grundstücke abschaffen**
- Grundsteuer auf den Stand von 2010 absenken
- Mietpreisbremse hat zu höheren Mieten geführt und ist aufzugeben
- Mietrecht überarbeiten gegen Mietnomaden und Mietbetrüger
- Vermieterrechte stärken, um die Schaffung von Mietwohnraum attraktiver zu machen
- Straßenausbaubeiträge abschaffen, willkürliche Belastung von Anwohnern für öffentliche Aufgaben beenden

Verkehr, Straßenbau und Mobilität

- Verstärkter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur durch Umgehungsstraßen
- Der Sanierungsstau auf Autobahnen, Land- und Ortsstraßen ist zu beenden
- **Keine PKW-Maut, -Mineralölsteuer, PKW-Steuer und MwSt. auf Kraftstoffe bringen bundesweit bereits genug Einnahmen**
- Keine LKW-Gigaliner auf deutschen Straßen
- ÖPNV in Hessen weiter stärken als attraktive Alternative zum PKW
- Bahnhöfe und deren Umgebung wieder aufwerten
- Schutz vor Lärm in allen seinen Verursachungsformen (Straßen-, Schienen- und Fluglärm)
- Abschaffung der Umweltzonen - sie erreichen nicht die gesteckten Ziele
- **Kommunen müssen fehlerhafte Aufstellung von Schadstoffmessgeräten korrigieren**